

ANTRAG

Gremium: LAKO Tirol

Beschlussdatum: 06.12.2025

Tagesordnungspunkt: 13.b Leitantrag des Landesvorstands

A1NEU: Mehr Zukunft wagen - mit einer offenen Euregio

Antragstext

Einleitung

Die Europaregion Tirol–Südtirol–Trentino ist ein grenzüberschreitender Zusammenschluss, der den historischen Landesteil Tirol wieder näher zusammenführen soll. Erklärtes Ziel dieser Europaregion ist es, Zusammenarbeit und Zusammenhalt über die heutigen Staatsgrenzen hinweg zu stärken. Aus liberaler Sicht heißt das vor allem, dass der Staat jene Rahmenbedingungen schafft, die Austausch, Mobilität und Digitalisierung ermöglichen – ohne dabei identitätspolitische Vorgaben zu machen. Freiheit, Offenheit und Eigeninitiative statt staatlichem Erziehungsauftrag sind die Leitprinzipien, an denen wir uns orientieren. Die Europaregion soll genau diesen offenen Rahmen bieten und Menschen dazu befähigen, grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten. Seit Jahren bemühen sich die beteiligten Länder und Institutionen mit zahlreichen Projekten, die Lebensqualität der Bürger*innen zu verbessern, den europäischen Integrationsprozess voranzutreiben und Grenzen – auch in den Köpfen der Menschen – abzubauen. Diese Bemühungen zeigen Erfolge, doch treten ihnen nach wie vor nationalistische Strömungen entgegen, die auf Abgrenzung statt Miteinander setzen. Solche rückwärtsgewandten Tendenzen gefährden den europäischen Gedanken und die positiven Errungenschaften der grenzüberschreitenden Kooperation. Wir Junge JUNOS stellen uns entschieden gegen jeden Nationalismus in dieser Frage. Unsere Vision ist eine offene, vernetzte Europaregion, in der Zusammenarbeit wichtiger ist als Herkunft, und in der junge Menschen mit kritischer Selbstreflexion statt mit Vorurteilen gemeinsam ihre Zukunft gestalten. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir konkrete Schritte in verschiedenen Bereichen setzen – von Mobilität über Jugendaustausch bis zur institutionellen Kooperation.

Nationalismus überwinden: Zusammenarbeit statt Abgrenzung

Nationalistische Parolen und Denkweisen haben in einer modernen, rechtsstaatlich fundierten Europaregion keinen Platz. Historisch wurde Tirol durch nationalen Zwist getrennt, doch heute bietet die Europaregion die Chance, diese Trennung ohne Verschiebung von Grenzen zu überwinden. Anstatt alten Territorialansprüchen oder Heimat-Mythen nachzuhängen, gilt es, eine gemeinsame Zukunftsperspektive zu entwickeln. Nationalismus basiert oft auf Abgrenzung und dem Ausschluss anderer – im Kontrast dazu betonen wir die Einheit in Vielfalt. In Tirol, Südtirol und dem Trentino leben deutsche, italienische, ladinische (und weitere) Sprachgruppen zusammen. Diese Vielfalt ist ein Reichtum, kein Konflikt. Eine liberale Handschrift bedeutet hier: Weltoffenheit, Toleranz und individuelle Freiheit statt engen nationalen Schubladen. Wir wollen die gemeinsame Tiroler Geschichte und Kultur würdigen, ohne in überholtes Nationalstaat-Denken zu verharren. Die Europaregion kann nur gedeihen, wenn alle Gruppen auf Augenhöhe respektiert werden und Mehrfachidentitäten möglich sind – man kann zugleich Nord- oder Südtirolerin und Europäerin sein, ohne Widerspruch. Um nationalistischer Stimmungsmache den Nährboden zu entziehen, müssen wir Austausch und Dialog forcieren, damit Vorurteile gar nicht erst entstehen. Schulen und Medien sollen die gemeinsame Geschichte des historischen Tirol vermitteln, aber immer mit dem Blick auf eine europäische Zukunft. Wichtig ist uns auch, klarzustellen, dass Probleme der Region durch Kooperation zu lösen sind – nicht durch das Aufziehen neuer Grenzen. Nationalismus bietet keine Lösungen für Verkehrsstaue, Klimaschutz oder Arbeitsmarktfragen in unserer Alpenregion; grenzüberschreitende Zusammenarbeit hingegen schon. Daher braucht es ein deutliches Bekenntnis aller politischen Akteure gegen Nationalismus und für die Europaregion.

Forderungen: Wir fordern in Bezug auf das Überwinden nationalistischer Tendenzen:

- Klare Absage an Nationalismus: Die zuständigen politischen Gremien in Tirol, Südtirol und Trentino sollen offiziell bekräftigen, dass nationalistisches Gedankengut im Zusammenhang mit der Europaregion abgelehnt wird. Anstatt separatistischer oder chauvinistischer Forderungen stellen wir das Miteinander in den Vordergrund.
- Gemeinsame Geschichts- und Kulturvermittlung: In Schulen, öffentlichen Einrichtungen sowie in Projekten privater Organisationen aller Landesteile soll verstärkt die gemeinsame Geschichte Tirols und die Vorteile der Europäischen Integration vermittelt werden. Bildungsprojekte sollen zeigen, dass die Region historisch zusammengehört und heute im vereinten Europa ohne Grenzzäune wieder zusammenwachsen kann. Wichtig ist dabei eine pluralistische und kritische Auseinandersetzung mit Geschichte und

Gegenwart – nicht bloß eine einseitige Wissensvermittlung. Unser Ziel ist es, dass junge Menschen zu mündigen Bürger:innen werden, die durch kritisches Denken selbst hinterfragen können, statt vorgefertigte Narrative einfach zu übernehmen. Solche Inhalte können im Unterricht z.B. im Rahmen von Europatagen oder Austauschprojekten behandelt werden, um ein Verständnis für die Einheit in Vielfalt zu fördern.

- Mehrsprachigkeit statt Monokultur: Nationalismus gedeiht dort, wo Sprachbarrieren und Unkenntnis über die Nachbarn existieren. Wir fordern daher die aktive Förderung der Mehrsprachigkeit – alle drei Landessprachen Deutsch, Italienisch und Ladinisch verdienen Wertschätzung. Dabei geht es uns um Möglichkeiten, nicht um Zwang: Mehrsprachigkeit soll niedrigschwellig erlernbar und zugleich attraktiv gemacht werden, etwa durch moderne Lernangebote, kulturelle Formate oder praxisnahe Austauschprogramme. Gemeinsame Sprachkurse, bilinguale Schulzweige und kulturelle Veranstaltungen sollen unterstützt werden. Wenn Jugendliche die Sprache und Kultur der jeweils anderen Landesteile kennenlernen, schrumpft der Raum für Vorurteile und Ausgrenzung.
- Keine Förderung extremistischer Gruppen: Öffentliche Mittel der Region dürfen keinesfalls an Vereine oder Organisationen fließen, die offen nationalistisches oder separatistisches Gedankengut verbreiten. Maßstab dafür muss die rechtsstaatliche Ordnung sein: Gefördert werden nur Organisationen, die auf dem Boden von Demokratie, Menschenrechten und europäischer Zusammenarbeit stehen. Stattdessen sollen europäisch gesinnte Initiativen unterstützt werden, die Brücken bauen. Diese Prioritätensetzung in der Finanzierungspolitik unterstreicht, dass unser Fokus auf dem Verbindenden liegt.
- Dialogplattform gegen Nationalismus: Wir regen die Schaffung eines trilateralen Forums für ein offenes Tirol an, in dem Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Jugend und Politik aus allen drei Landesteilen regelmäßig zusammentreffen. In diesem Forum sollen Strategien erarbeitet werden, wie man nationalistischer Propaganda sachlich begegnen und die Bevölkerung für die Vorteile der Europaregion sensibilisieren kann. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass eine solche Plattform nicht zu einem kostspieligen Symbolprojekt ohne Wirkung verkommt, wie dies bei ähnlichen Formaten in der Vergangenheit teilweise der Fall war. Daher soll das Forum mit einer klaren Sunset-Klausel ausgestattet werden und nur dann verlängert werden, wenn sein konkreter Mehrwert für die Region

nachweisbar ist und im Dreier-Landtag ein mehrheitlicher Konsens darüber besteht. Durch einen solchen kontinuierlichen, aber wirksam kontrollierten Dialog können Missverständnisse abgebaut und ein gemeinsames Narrativ der Offenheit gestärkt werden.

Mobilität ausbauen: Grenzenlos unterwegs in der Region

Mobilität ist der Schlüssel, um die geographisch getrennten Teile unserer Region im Alltag zusammenwachsen zu lassen. Trotz offener Grenzen in der EU gibt es noch praktische Hürden: unterschiedliche Tarifsysteme, begrenzte grenzüberschreitende Verbindungen und teils mangelnde Abstimmung. Insbesondere für junge Menschen, die oft kein Auto besitzen, muss der öffentliche Verkehr so ausgebaut werden, dass sie jederzeit unkompliziert von Innsbruck über Bozen bis Trient reisen können. Schon bisher wurden gute Schritte gesetzt – etwa das Euregio2Plus-Ticket (ein vergünstigtes Tagesticket für Familien) und seit 2021 das Euregio-Ticket Students als Semester-/Jahresticket für Studierende in allen drei Landesteilen. Diese Angebote zeigen, dass Kooperation in der Mobilität möglich und gefragt ist. Allerdings sind sie noch nicht flächendeckend bekannt und ausgereizt. Für Schüler*innen fehlt bislang ein vergleichbares Ticket, und Nachtverbindungen sind Mangelware.

Um echte Bewegungsfreiheit zu schaffen, müssen neben öffentlichen Verkehrsunternehmen auch private Anbieter – etwa Westbahn oder internationale Busunternehmen – systematisch eingebunden werden. Infrastruktur, Fahrpläne und Tarife sollen über die Europaregion gemeinsam geplant werden, um Bürokratie abzubauen, Effizienz zu steigern und grenzüberschreitende Ausschreibungen sowie Projekte aus einem Guss zu ermöglichen.

Wir möchten erreichen, dass kein Gefühl einer „Grenze“ mehr spürbar ist, wenn man den Zug oder Bus benutzt – ein einheitlicher, nahtloser Verkehrsraum von Kufstein bis Rovereto. Das bedeutet auch, Fahrpläne aufeinander abzustimmen, Informationssysteme zu verbinden und moderne Infrastruktur gemeinsam voranzubringen. Große Projekte wie der Brennerbasistunnel werden in einigen Jahren die Reisezeiten massiv verkürzen und sind ein Beispiel dafür, wie gemeinsame Investitionen der Länder Sinn ergeben. Bis dahin (und darüber hinaus) müssen aber jetzt schon konkrete Verbesserungen spürbar werden. Aus liberaler Sicht ist Mobilität auch Freiheit – die Freiheit, sich ohne Hindernisse zu bewegen, Chancen wahrzunehmen, andere Orte kennenzulernen. Diese Freiheit wollen wir allen jungen Tiroler:innen, Südtiroler:innen und Trentiner:innen ermöglichen, unabhängig vom Geldbeutel. Mobilität muss leistbar sein, aber wir erteilen jeglichen Gratisfantasien eine klare Absage, da diese zu einer deutlichen Verschlechterung des ÖPNV führen würde. Gleichzeitig ist der Ausbau

öffentlicher Verkehrsmittel ökologisch sinnvoll und mindert den Autoverkehr im sensiblen Alpenraum.

Finanzierbar sind diese Maßnahmen durch gemeinsame Fonds der Europaregion, eine faire Kostenteilung zwischen den Regionen und die Nutzung von EU-Fördermitteln (etwa im Rahmen von Interreg-Programmen für nachhaltige Mobilität).

Investitionen in grenzüberschreitenden ÖPNV zahlen sich langfristig aus – wirtschaftlich durch mehr Austausch und Tourismus, ökologisch durch weniger Emissionen und gesellschaftlich durch engeren Zusammenhalt.

Forderungen: Für eine bessere Mobilität innerhalb der Europaregion fordern wir:

- Euregio-Schülerticket einführen: Analog zum Studierendenticket soll ein günstiges Euregio-Ticket für Schüler*innen geschaffen werden, das grenzüberschreitende Fahrten ermöglicht. Idealerweise wird das bestehende Schülerticket jedes Landesteils so erweitert, dass zumindest die Hauptverbindungen in die jeweils anderen Landeshauptstädte ohne Zusatzkosten genutzt werden können. Damit würden Jugendliche schon während der Schulzeit praktische Euregio-Erfahrungen machen. Besonders wichtig ist dabei eine einheitliche digitale Umsetzung: Entweder über eine gemeinsame App oder über Tickets, die in allen bestehenden Verkehrs-Apps der drei Landesteile problemlos funktionieren. So wird die Nutzung einfach, modern und barrierefrei. Die drei Landesregierungen sollen hierzu zügig in Verhandlungen treten und ein Finanzierungsmodell ausarbeiten, bei dem jede Region einen Anteil übernimmt – sodass kein Land überproportional belastet wird.
- Ausbau des Nacht- und Wochenendverkehrs: Wir fordern einen massiven Ausbau von Nachtbussen und späten Zugverbindungen über den Brennerpass. Junge Menschen sollen auch abends problemlos und sicher nach Hause kommen, selbst wenn sie jenseits der heutigen Landesgrenze unterwegs waren. Bestehende Nightliner-Angebote in Tirol müssen auf die Seitentäler ausgeweitet werden, und ähnliche Nachtlinien sollten in Südtirol und dem Trentino geschaffen bzw. verknüpft werden. Wo jedoch nur geringe oder schwankende Nachfrage besteht, sollen statt starrer Linien flexiblere Lösungen wie On-Demand-Shuttles, Sammeltaxis oder Rufbusse eingesetzt werden. Das erhöht die Verfügbarkeit, ohne Ressourcen in kaum genutzte fixe Linien zu binden. Konkret könnte etwa eine regelmäßige Nachtzug- oder Busverbindung zwischen Innsbruck und Bozen an Wochenenden eingerichtet werden. Dabei sollen nicht nur staatliche Betreiber berücksichtigt werden – auch private Anbieter wie die Westbahn oder grenzüberschreitende Busunternehmen müssen aktiv eingebunden werden, um Wettbewerb, Qualität

und Effizienz zu steigern. Alle Ausweitungen sollen klar bedarfsorientiert erfolgen: Verbindungen werden dort geschaffen, wo Nachfrage besteht oder durch kluge Taktung entstehen kann, statt flächendeckend leere Busse durch die Nacht zu schicken. Die Finanzierung solcher Verbindungen ließe sich durch Umlenken bestehender Regionalmittel oder Kooperation mit Eventveranstaltern (z.B. Nachtgastronomie) unterstützen – schließlich profitieren Sicherheit und lokale Wirtschaft, wenn Nachtschwärmer verlässlich heimkommen.

- Harmonisierung der Tarife und Information: Die drei Landesteile sollen ihre Tarifsysteme und Fahrplaninformationen stärker vereinheitlichen. Langfristig streben wir ein gemeinsames digitales Buchungs- und Informationssystem für den gesamten öffentlichen Nahverkehr der Europaregion an – idealerweise eine App oder Plattform, über die man Tickets von jedem Ort zum anderen kaufen und Echtzeit-Infos zu Verbindungen erhalten kann. Kurzfristig sind zumindest gegenseitige Anerkennungen bestimmter Zeitkarten und eine gemeinsame Fahrplanauskunft umzusetzen. Teile dieser Koordination bestehen bereits heute, und darauf soll aufgebaut werden. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass Harmonisierung nicht zu einer künstlichen Preisangleichung führt, die bestehende nationale Tarifsysteme unterläuft. Unser Fokus liegt daher auf mehr Preistransparenz, klaren Vergleichsmöglichkeiten und einem attraktiveren, dichteren Angebot – sodass faire Preise durch Wettbewerb und Qualität entstehen, nicht durch administratives Eingreifen. Diese Maßnahmen erfordern primär koordinative Anstrengungen, kaum große finanzielle Mittel, bringen aber erheblichen Nutzen für die Nutzer:innen.
- Infrastruktur gemeinsam planen: Großprojekte wie der Brennerbasistunnel oder die Elektrifizierung von Bahnstrecken im Trentino betreffen die ganze Region. Wir fordern eine engere Abstimmung bei Verkehrsinfrastrukturprojekten – etwa durch eine ständige Arbeitsgruppe der drei Landesregierungen für Verkehr & Mobilität. Diese Gruppe soll sicherstellen, dass nationale Investitionspläne aufeinander abgestimmt sind (z.B. Zubringerstrecken zum Brennertunnel, Radwegsnetze, Ladestationen für E-Mobilität) und gemeinsam gegenüber Wien, Rom und Brüssel vertreten werden. Durch eine abgestimmte Planung können Doppelgleisigkeiten vermieden, Kosten gespart und Synergien genutzt werden.
- Euregio-Mobilitätstage fortführen: Der erfolgreiche Euregio-Mobilitätstag

– an dem einmal jährlich die Öffis in der ganzen Region gratis nutzbar waren – soll weiterentwickelt und verstetigt werden. Nachdem 2025 eine Neukonzeption erarbeitet wird, erwarten wir ab 2026 eine Wiederaufnahme dieses Projekts in attraktiver Form. Zusätzlich regen wir an, darüber nachzudenken, ähnliche Aktionstage für Jugendliche (z.B. Jugend-Mobilitätstag) durchzuführen, um speziell junge Leute anzusprechen und ihnen Ausflüge in andere Landesteile schmackhaft zu machen. Die Kosten für einen Gratistag sind überschaubar und wurden in der Vergangenheit von allen drei Ländern gemeinsam getragen – eine sinnvolle Investition, die das Gefühl der Zusammengehörigkeit fördert und umweltfreundliches Reisen bewirbt.

Jugendaustausch und Bildung: Miteinander lernen und wachsen

Begegnungen zwischen jungen Menschen sind der wohl wichtigste Baustein, um Vorurteile abzubauen und ein echtes Zusammengehörigkeitsgefühl in der Europaregion zu schaffen. Derzeit haben viele Schülerinnen und Studierende aus Nord-/Osttirol, Südtirol und dem Trentino trotz geographischer Nähe nur wenig direkten Kontakt miteinander. Unterschiedliche Schulsysteme, Sprachbarrieren und fehlende Gelegenheiten führen dazu, dass man übereinander oft nur aus Büchern oder Medien lernt. Wir wollen diesen Zustand ändern: Nur durch echte Begegnungen wächst Europa zusammen. Wenn Jugendliche die Chance erhalten, Zeit im jeweils anderen Landesteil zu verbringen – sei es durch Schüleraustausch, gemeinsame Projekte oder Praktika – dann entstehen Freundschaften und Verständigung jenseits aller Klischees. Bereits in jungen Jahren soll die nächste Generation erfahren, dass die Europaregion erlebbar ist und mehr als ein politisches Konstrukt. Es gibt schon positive Ansätze: Schulpartnerschaften einzelner Gymnasien, dreisprachige Schulen wie das Lyzeum in Bozen, die Euregio Summer Camps, oder auch das neue Euregio-AuPair-Programm, das jungen Leuten Auslandsaufenthalte in Familien der Nachbarregion ermöglicht. Solche Initiativen gilt es auszubauen und bekannter zu machen. Zudem müssen strukturelle Hindernisse abgebaut werden: Etwa Anerkennungsprobleme bei Schulabschlüssen oder Praktika, mangelnde finanzielle Unterstützung für Austauschwillige oder schlicht fehlende Informationen über Angebote. Jeder junge Mensch in Tirol, Südtirol und Trentino sollte die Möglichkeit haben, während der Schullaufbahn an einem Austausch teilzunehmen. Entscheidend ist dabei, Hürden abzubauen und attraktive, leicht zugängliche Angebote zu schaffen. Das ist finanziell machbar, wenn man z.B. Stipendien oder einen Euregio-Jugendfonds einrichtet, der Reisekosten bezuschusst – idealerweise in enger Verzahnung mit bestehenden europäischen Förderprogrammen wie Erasmus+ Schulbildung oder Interreg, um Doppelstrukturen zu vermeiden und die Mittel effizient einzusetzen. Die Sinnhaftigkeit solcher Ausgaben ist unbestreitbar: Jeder Euro, der in gemeinsame Jugendprojekte fließt, ist eine Investition in dauerhaften Frieden und Zusammenhalt. Studien zeigen,

dass junge Menschen, die an Austauschprogrammen teilnehmen, toleranter und offener werden und häufig auch später grenzüberschreitend zusammenarbeiten. Wichtig ist dabei eine klare Wirkungskontrolle, damit Projekte nachweisbar Mehrwert erzeugen und nur solche Formate langfristig weitergeführt werden, die tatsächlich funktionieren. Die Europaregion sollte daher prioritär in ihre Jugend investieren, um so ihre eigene Zukunft zu sichern – ob über eigene Initiativen oder, wo möglich, durch kluge Nutzung der bereits gut ausgebauten Erasmus-Strukturen.

Um den Jugendaustausch und die Bildung über Grenzen hinweg zu fördern, fordern wir:

- Schüleraustauschprogramme ausbauen: Bestehende Schüler- und Klassenpartnerschaften müssen quantitativ wie qualitativ erweitert werden. Konkret soll es an mehr Schulen regelmäßige Austauschwochen oder -semester geben, in denen Schüler:innen und Schüler eine Zeit lang in einer Partnerschule im anderen Landesteil lernen können. Solche Programme dürfen nicht auf den klassischen Sprach- oder Geschichtsunterricht beschränkt bleiben, sondern sollten echte Aufenthalte in der Partnerregion ermöglichen (z.B. ein- bis zweiwöchige Austauschfahrten). Dafür braucht es Vereinbarungen zwischen den Schulbehörden der Länder, damit versäumter Stoff angerechnet wird und bürokratische Hürden (Versicherung, Aufsichtspflichten etc.) abgebaut werden.
- Mehrsprachigkeit und kulturelles Wissen fördern: Wir fordern eine intensivere Förderung der Mehrsprachigkeit in der Jugend. Schüler:innen aller Landesteile sollen die Möglichkeit bekommen, möglichst oft mit den drei Landessprachen Deutsch, Italienisch und Ladinisch in Kontakt zu kommen, wobei Mehrsprachigkeit aktiv attraktiv gemacht werden soll. Gleichzeitig soll Digitalisierung gezielt genutzt werden, etwa durch moderne Sprachlern-Apps, digitale Tandemprogramme oder virtuelle Klassenzimmer, die den Zugang zu den Sprachen niedrigschwellig und attraktiv machen. Das kann durch Sprachentandems (z.B. Südtiroler und Trentiner Klassen treffen sich zum gemeinsamen Sprachunterricht), durch Option auf Zusatzkurse in der Nachbarsprache oder durch Lehrlingsaustausch passieren. Neben der Sprache soll auch Wissen über die jeweils andere Kultur Teil der Bildung sein – beispielsweise durch Projektstage zu Traditionen, gemeinsamen Geschichtsexposés oder digitale Austauschformate, wenn physische Treffen nicht möglich sind.
- Grenzüberschreitende Praktika und Projekte: Junge Menschen sollen auch

außerhalb der Schule Möglichkeiten haben, die anderen Landesteile kennenzulernen. Wir fordern daher mehr Praktikumsplätze und Jugendprojekte über die Grenzen hinweg. Beispielsweise könnten Betriebe in Tirol vermehrt Praktika für Südtiroler Berufsschüler anbieten und umgekehrt, oder es könnten Sommercamps entstehen, in denen Jugendliche aus allen drei Regionen gemeinsam an Freiwilligenprojekten (z.B. Umweltprojekten in den Alpen) arbeiten. Ziel ist es, grenzüberschreitende Praktika für Betriebe attraktiv zu machen – etwa durch unbürokratische Abwicklung, klare Anrechenbarkeit, Vernetzungsplattformen oder Fördermöglichkeiten. So entsteht ein Mehrwert für beide Seiten: Jugendliche sammeln wertvolle Erfahrungen, und Unternehmen kommen frühzeitig in Kontakt mit den Fachkräften von morgen. Solche Projekte sollten finanziell unterstützt und offiziell anerkannt werden (etwa als Teil eines Euregio-Freiwilligenjahrs oder als Praktikum im Lebenslauf).

- Euregio-Jugendfonds und Stipendien: Geld soll kein Hinderungsgrund für Begegnung sein. Wir schlagen daher einen Euregio-Jugendfonds vor, der Austauschaktivitäten bezuschusst. Der Fonds soll primär aus EU-Programmen (z.B. Erasmus+, Interreg), privaten Drittmitteln sowie Beiträgen bestehender Stiftungen gespeist werden. Die regionalen Mittel würden damit ergänzend und sehr gezielteingesetzt. Der Fonds könnte z.B. Reisekosten, Unterkunft für Austauschschüler:innen oder Taschengeld für Praktikant:innen abdecken, sofern diese an anerkannten Austauschprogrammen teilnehmen. Zusätzlich könnten Stipendien vergeben werden (ähnlich Erasmus-Stipendien), um längere Aufenthalte – etwa ein Semester an einer Uni im jeweils anderen Landesteil – zu ermöglichen. Um Transparenz und Effizienz sicherzustellen, soll es einen klaren Überblick über alle bestehenden Fördermöglichkeiten geben, damit Schüler:innen und Schulen Programme leichter nutzen können. Um Transparenz und Effizienz sicherzustellen, soll es einen klaren Überblick über alle bestehenden Fördermöglichkeiten geben, damit Schüler:innen und Schulen Programme leichter nutzen können. Wir wollen zudem ein Pilotprojekt für „Participatory Budgeting“ umsetzen: Eine Jugendjury mit Vertreter:innen aus allen drei Landesteilen entscheidet verbindlich über die Vergabe eines definierten Teils der Mittel, während die organisatorische Abwicklung über bereits bestehende Strukturen (z.B. Bildungsdirektionen oder Euregio-Büros) erfolgt.
- Jugendbeteiligung und Begegnungsräume: Schließlich fordern wir, die Beteiligung der Jugend an der Gestaltung der Europaregion zu stärken. Es sollte regelmäßige Jugendforen der Europaregion geben, bei denen junge Vertreter:innen aus Tirol, Südtirol und Trentino zusammenkommen, ihre

Anliegen diskutieren und Empfehlungen an die Politikne pflegen (Feuerwehren, Musikkapellen, Schulen, Sportvereine etc.). Die Europaregion sollte hierfür ein Förderprogramm auflegen, das kommunale Projekte bezuschusst, welche grenzüberschreitend angelegt sind. Ein Euregio-Rat der Gemeinden – bestehend aus Bürgermeister:innen aller Landesteile – könnte eingerichtet werden, um die Anliegen der Kommunen in die Europaregion-Strategie einzubringen. Durch diese Verankerung vor Ort wird die Europaregion für die Bürger:innen greifbarer und erlebbarer.

Fazit: Eine liberale Vision für die Euregio Tirol–Südtirol–Trentino

- Die hier vorgestellten Maßnahmen setzen auf Offenheit, Eigenverantwortung, Vernunft und Fortschritt statt auf Rückwärtsgewandtheit oder Zwang. Zusammenfassend streben wir eine Europaregion an, in der Nationalismus keinen Nährboden mehr findet, weil Menschen tagtäglich spüren, dass Zusammenarbeit ihnen persönlich Vorteile bringt. Wenn junge Südtiroler:innen problemlos in Innsbruck studieren können, wenn ein Tiroler Schüler eine Woche in Trient zur Schule gehen kann, wenn eine Tram ohne langen Aufenthalt über den Brenner fährt, und wenn Behörden länderübergreifend helfen – dann werden die alten Grenzen an Bedeutung verlieren. Unsere Vision ist eine vereinte Euregio im vereinten Europa, friedlich und freiheitlich.
- Denkbar ist ein Euregio-Jugendrat als beratendes Gremium. Vorrangig sollten jedoch die bestehenden Strukturen genutzt werden: Auf Tiroler Seite insbesondere der Tiroler Jugendbeirat, ebenso wie entsprechende Jugendvertretungen in Südtirol und im Trentino. Diese bestehenden Beiräte sollen gemeinsam als trilaterale Plattform arbeiten, bevor neue Gremien geschaffen werden. Darüber hinaus sollten bestehende Jugendzentren, Vereine und Initiativen grenzüberschreitend vernetzt werden – etwa durch Partnerschaften zwischen Jugendzentren (ein Jugendtreff in Nordtirol kooperiert mit einem in Südtirol usw.) und jährliche Jugendkonferenzen. Solche Formate bieten einen Raum, in dem junge Leute einander begegnen und gemeinsame Projekte entwickeln können. Sie lernen, Verantwortung in der Region zu übernehmen – ganz im Sinne des liberalen Gedankens der Eigeninitiative und Partizipation.

Kooperation stärken: Die Europaregion als Modell für Europa

Neben Mobilität und Jugendaustausch braucht es auch auf politischer und

verwaltungstechnischer Ebene eine intensiviertere Zusammenarbeit zwischen Tirol, Südtirol und Trentino. Die Europaregion ist bislang vor allem ein Forum – mit regelmäßigen Treffen der Landeshauptleute, gemeinsamen Ausschüssen und symbolischen Projekten. Doch um wirklich konkreten Mehrwert zu schaffen, müssen aus der grenzüberschreitenden Freundlichkeit mehr gemeinsame Taten werden. Viele Herausforderungen machen nicht an der Grenze halt: ob Klimaschutz in den Alpen, Verkehrslawinen entlang der Brennerroute oder auch der Fachkräftemangel und die Abwanderung junger Leute aus ländlichen Tälern – all dies sind Themen, die sich effektiver lösen lassen, wenn die drei Länder ihre Kräfte bündeln. Schon heute gibt es Kooperation in Bereichen wie Tourismus, Infrastruktur, Umwelt und Soziales. So wurde etwa in einer gemeinsamen Alpendeclaration 2001 festgeschrieben, dass wirtschaftlicher Fortschritt mit Umweltschutz in Einklang gebracht werden muss. Auch tagt seit einigen Jahren regelmäßig der Dreier-Landtag, also eine Versammlung der Abgeordneten aller drei Parlamente, um gemeinsame Anliegen zu diskutieren. Diese Ansätze gilt es auszubauen und mit Leben zu füllen. Damit der Dreier-Landtag tatsächlich wirksam sein kann, braucht er jedoch mehr Kompetenzen - etwa Budgethoheit und die Möglichkeit, die Verwaltungen in den drei Ländern klar zu beauftragen. Beschlüsse sollen nicht nur deklarativ sein, sondern verbindlich umgesetzt werden. Gleichzeitig gilt: Neue Gremien dürfen nur nach einer Pilotphase eingerichtet werden und sollen dauerhaft nur bestehen bleiben, wenn ihr konkreter Mehrwert nachweisbar ist. Alle institutionellen Strukturen der Euregio müssen regelmäßig evaluiert und verbessert werden, damit sie nicht zu reinen Symbolformaten ohne praktische Wirkung verkommen. Eine liberale Perspektive legt Wert darauf, Bürokratie zu reduzieren und Synergien zu heben: Warum sollten drei Verwaltungen parallel arbeiten, wenn man durch Kooperation effizienter sein kann? Warum komplizierte Verfahren für Bürger:innen, die z.B. in einem Land wohnen und im anderen arbeiten, wenn man Lösungen vereinfachen kann? Unser Ziel ist eine echte Europaregion, die im Alltag spürbar ist – vielleicht eines Tages mit so weitgehender Integration, dass es kaum mehr Rolle spielt, ob man in Innsbruck, Bozen oder Trient vor einer Amtsfrage steht. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg, doch jetzt müssen Schritte gesetzt werden, die den Weg dahin ebnen. Dabei geht es nicht um Auflösung nationaler Staaten, sondern um pragmatische Vereinbarungen: gemeinsame Einrichtungen, abgestimmte Gesetze wo möglich, gegenseitige Anerkennung von Dokumenten, etc. Solche Kooperation erfordert Vertrauen und politischen Willen. Finanziell kann Kooperation sogar Vorteile bringen: wenn z.B. gemeinsame Ausschreibungen zu besseren Preisen führen oder Infrastruktur zusammen genutzt wird. Auch EU-Programme fördern explizit solche regionalen Kooperationen und stellen Fördergelder bereit. Wir wollen, dass Tirol, Südtirol und Trentino Vorreiter einer funktionierenden europäischen Region werden – ein Beispiel dafür, wie Vielfalt und Einheit zusammengedacht werden können, ohne Zwang, sondern zum Nutzen aller.

Forderungen: Um die institutionelle und praktische Zusammenarbeit in der

Europaregion zu intensivieren, fordern wir:

- Regelmäßige gemeinsame Strategietreffen: Über die derzeitigen Treffen der Landeshauptleute hinaus sollen jährliche Regierungsklausuren aller drei Landesregierungen stattfinden, bei denen gezielt gemeinsame Strategien für die nächsten Jahre vereinbart werden. Diese Treffen müssen mehr sein als Symbolik – sie sollen konkrete Projekte definieren (z.B. im Bildungsbereich, Digitalisierung oder Umweltschutz), Verantwortlichkeiten festlegen und den Fortschritt der Europaregion messbar machen. Wesentlich ist dabei, dass solche Formate nur dann sinnvoll sind, wenn sie auf klaren Zielen, nachvollziehbaren Prioritäten und überprüfbaren Vorgaben beruhen. Neue Gremien dürfen nicht zum Selbstzweck entstehen oder bloß symbolpolitisch wirken, sondern müssen tatsächlich einen Beitrag zur Umsetzung gemeinsamer Vorhaben leisten. Langfristig könnte daraus eine gemeinsame Entwicklungsstrategie 2030+ für die Europaregion entstehen, die von allen drei Parlamenten und dem Dreier-Landtag beschlossen wird.
- Europaregion mit eigenen Kompetenzen ausstatten: Wir regen an, zu prüfen, welche Kompetenzen und Mittel der Europaregion (als institutionellem Rahmen, z.B. dem EVTZ – Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit) ohne Schaffung zusätzlicher Verwaltungsstrukturen übertragen werden können. Ziel ist es, die bestehenden Institutionen effizienter zu nutzen und einzelne Aufgaben – etwa im Tourismusmarketing, in der Standortförderung oder im Zivilschutz – dort zu bündeln, wo sie grenzüberschreitend besser erfüllt werden können. Die Europaregion sollte dabei eine koordinierende Rolle mit einem klar definierten Mandat und entsprechender Budgetausstattung erhalten, ohne neue Bürokratie aufzubauen. Denkbar wäre z.B. ein gemeinsamer Innovationsfonds, aus dem grenzüberschreitende Startup-Projekte finanziert werden, oder eine Euregio-Kulturstiftung, die zweisprachige Kulturprojekte unterstützt. Eine Ausstattung der Europaregion mit einem angemessenen Budget (durch Beiträge der drei Länder und EU-Mittel) würde die Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit erhöhen. Die politische Steuerung soll klar beim Dreierlandtag liegen, damit Entscheidungen demokratisch legitimiert bleiben.
- Abbau administrativer Hürden: Wir fordern die gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen und Dokumenten innerhalb der Europaregion, wo immer möglich über die EU-Vorgaben hinaus. Beispielsweise sollten Berufsabschlüsse, die in Südtirol erworben wurden, in Nordtirol unbürokratisch anerkannt sein (und umgekehrt), sofern inhaltlich

vergleichbar – hier können die Länder initiativ werden und bilaterale Vereinbarungen treffen. Ebenso sollen Formulare und Behördengänge für Bürger:innen der Nachbarregion erleichtert werden, etwa durch mehrsprachige Amtsservices oder Online-Portale, die länderübergreifend zugänglich sind. Eine Person, die von Innsbruck nach Bozen zieht oder in Kufstein wohnt und in Trient arbeitet, sollte möglichst wenig Papierkrieg haben. Die Verwaltungen könnten Ansprechpartner für Euregio-Anliegen benennen, die Bürger:innen und Unternehmen bei solchen grenzüberschreitenden Fragen helfen.

- Gemeinsame Vertretung und Stimme in Europa: Tirol, Südtirol und Trentino sollen auf EU-Ebene mit einer koordinierten Stimme auftreten, um mehr Gewicht zu haben. Die bereits bestehende gemeinsame Vertretung in Brüssel ist ein guter Ansatz, den wir stärken möchten. Wir fordern, dass wichtige Anliegen – z.B. Transitverkehr durch die Alpen, regionale Förderungen oder Minderheitenschutz – abgestimmt in Wien, Rom und Brüssel vorgebracht werden. So wird aus drei kleinen Regionen eine starke Einheit, die ernst genommen wird. Konkret könnte man regelmäßige Treffen der Europaabgeordneten und Nationalrats-/Parlamentsabgeordneten aus allen drei Landesteilen organisieren, um Positionen abzustimmen. Zudem sollte die Euregio in europäischen Netzwerken (Alpenraum-Strategie, Europarat etc.) stärker als Modellregion präsentiert werden.
- Bürgernähe und Gemeindenetzwerk: Zusammenarbeit passiert nicht nur „top-down“, sondern muss von unten wachsen. Wir fordern daher die Intensivierung von Gemeindepartnerschaften innerhalb der Europaregion. Zahlreiche Tiroler, Südtiroler und Trentiner Gemeinden könnten Zwillingstädte werden und regelmäßigen Austausch auf lokaler Ebene pflegen. Dabei ist besonders darauf zu achten, dass solche Kooperationen nicht in einer Vielzahl neuer Gremien, Arbeitskreise oder formaler Strukturen enden, die am Ende keinen Mehrwert schaffen. Entscheidend ist, dass die Zusammenarbeit pragmatisch bleibt, konkrete Projekte hervorbringt und vorhandene Strukturen nutzt statt neue Bürokratie aufzubauen.

Quellen:

Euregio-Website „About Us / Vision“ –
<https://www.europaregion.info/en/euregio/about-us/vision/>

Wikipedia-Eintrag Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino –

485 [https://de.wikipedia.org/wiki/Europaregion_Tirol%E2%80%93C3%BCdtirol%E2%80%93](https://de.wikipedia.org/wiki/Europaregion_Tirol%E2%80%93C3%BCdtirol%E2%80%93rentino)
486 [rentino](https://de.wikipedia.org/wiki/Europaregion_Tirol%E2%80%93C3%BCdtirol%E2%80%93rentino)

487 Euregio „EU Programmes“ – [https://www.euoparegion.info/en/brussels/eu-for-](https://www.euoparegion.info/en/brussels/eu-for-all/eu-programmes/)
488 [all/eu-programmes/](https://www.euoparegion.info/en/brussels/eu-for-all/eu-programmes/)

489 Euregio Ticket Students – [https://www.suedtirolmobil.info/en/tickets/ticket-](https://www.suedtirolmobil.info/en/tickets/ticket-finder/euregio-ticket-students)
490 [finder/euregio-ticket-students](https://www.suedtirolmobil.info/en/tickets/ticket-finder/euregio-ticket-students)

491 Interreg Europe Peer Review: Boosting sustainable cross-border mobility in
492 Tyrol-South – [https://www.interregeurope.eu/policy-learning-](https://www.interregeurope.eu/policy-learning-platform/events/peer-review-boosting-sustainable-cross-border-mobility-in-tyrol-south)
493 [platform/events/peer-review-boosting-sustainable-cross-border-mobility-in-tyrol-](https://www.interregeurope.eu/policy-learning-platform/events/peer-review-boosting-sustainable-cross-border-mobility-in-tyrol-south)
494 [south](https://www.interregeurope.eu/policy-learning-platform/events/peer-review-boosting-sustainable-cross-border-mobility-in-tyrol-south)

495 Euregio-Website „Mobility / Info Mobility“ – <https://www.euoparegion.info/en/>

496 eIDAS Regulation – EU Digital Strategy – [https://digital-](https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/eidas-regulation)
497 [strategy.ec.europa.eu/en/policies/eidas-regulation](https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/eidas-regulation)

498 ThalesGroup zu eIDAS-Regulation –
499 [https://www.thalesgroup.com/en/markets/digital-identity-and-](https://www.thalesgroup.com/en/markets/digital-identity-and-security/government/identity/eidas-regulations)
500 [security/government/identity/eidas-regulations](https://www.thalesgroup.com/en/markets/digital-identity-and-security/government/identity/eidas-regulations)

501 “eIDAS 2.0: Everything you need to know” (Entrust) –
502 <https://www.entrust.com/resources/learn/eidas-2>

ANTRAG

Gremium: LAKO Tirol

Beschlussdatum: 06.12.2025

Tagesordnungspunkt: 13.c Weitere Anträge

A2NEU: Weniger Paragraphen, mehr Sterne – Mehr Freiheit wagen beim Wildcamping!

Antragstext

Aktuelle Situation

Tirol ist bekannt für seine beeindruckende Berglandschaft und vielfältige Natur – sie lädt Menschen dazu ein, Freiheit und Abenteuer zu erleben. Doch das Tiroler Campinggesetz (2001) untersagt das Campieren außerhalb ausgewiesener Campingplätze weitgehend. Wer heute mit einem Zelt eine Nacht in der Natur verbringen möchte, steht damit unter Generalverdacht, die Umwelt zu schädigen. Dieses pauschale Verbot widerspricht dem liberalen Grundverständnis von Freiheit und Eigenverantwortung.

In anderen österreichischen Bundesländern zeigen differenzierte Regelungen, dass verantwortungsvolles Wildcamping durchaus funktionieren kann:

- In Oberösterreich ist das Zelten oberhalb der Baumgrenze und außerhalb landwirtschaftlich genutzter Flächen unter bestimmten Bedingungen erlaubt.
- In Salzburg oder Vorarlberg können Gemeinden selbst entscheiden, ob und wo Wildcamping zugelassen wird.
- In der Steiermark und im Burgenland bestehen ebenfalls differenzierte Regelungen, die das Übernachten im freien Gelände in geringerem Umfang zulassen, sofern keine Naturschutzbestimmungen verletzt werden (1,2)

Diese Beispiele zeigen: Es ist möglich, verantwortungsvolles Wildcamping zu erlauben, ohne Natur und Landschaft zu gefährden.

Tirol ist zugleich eines der am stärksten touristisch genutzten Bundesländer Österreichs.

Die Herausforderung besteht daher nicht nur im Umgang mit Einzelpersonen, die naturverbunden unterwegs sind, sondern mit der großen Gesamtzahl an Menschen, die unsere Landschaft frequentieren.

Eine zu starke Nutzung kann zu Erosionsschäden, Müllproblemen und Überlastung empfindlicher Gebiete führen.

Das Ziel muss daher sein, Freiheit zu ermöglichen, Verantwortung einzufordern – und gleichzeitig Übernutzung zu vermeiden.

Unsere Lösung

1. Einführung eines liberalisierten Modells für verantwortungsvolles Wildcamping

Das generelle Verbot des Campierens außerhalb von Campingplätzen soll überarbeitet werden.

In geeigneten Gebieten – insbesondere außerhalb sensibler Zonen und Schutzgebiete – soll das temporäre Wildcampen mit Zelt oder Biwak erlaubt werden, sofern:

- keine Beeinträchtigung der Natur erfolgt,
- kein Müll hinterlassen wird,
- keine Feuer in brandschutzgefährdeten Zonen entfacht werden.
- und keine Flächen landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzt werden.

Ziel ist, Eigenverantwortung zu fördern und Naturerlebnis wieder als selbstverständlichen Teil der Freiheit zu begreifen. Hierbei wollen wir für den Fall, dass die Camping-Stätte nicht ordnungsgemäß hinterlassen wird, die verantwortliche Person für die Entsorgung und eine entsprechende

Verwaltungsstrafe auf diese zukommt.

2. Differenzierte Zonen und Schutzgebietsausnahmen

- In besonders schützenswerten Gebieten (Nationalparks, Natur- und Landschaftsschutzgebiete, Moore, sensible Biotope) bleibt ein absolutes Verbot bestehen.
- In weniger sensiblen Gebieten (alpines Ödland, oberhalb der Baumgrenze, entlegene Bergregionen) können Gemeinden oder Bezirksbehörden Wildcampingzonen festlegen, in denen einfache Übernachtungen gestattet sind.
- Das Not-Biwakieren in alpinen Notsituationen ist weiterhin jederzeit zulässig und ausdrücklich geschützt.

3. Schutz vor Übernutzung & Monitoring

Tirol ist bereits touristisch stark frequentiert. Ein unkontrollierter Zugang zu Wildcampingplätzen könnte zu Übernutzung führen.

Um dies zu verhindern, soll die Landesregierung ein Monitoring- und Evaluierungssystem einführen, das:

- die Nutzung von Wildcampingzonen statistisch erfasst,
- ökologische Auswirkungen (z. B. Vegetationsschäden, Müllaufkommen) dokumentiert,
- und jährlich eine öffentliche Bewertung vornimmt.

Wenn negative Effekte überwiegen, muss das Modell regional angepasst oder eingeschränkt werden.

4. Eigenverantwortung & Aufklärung

Wildcamping erfolgt auf eigene Gefahr – auch im Hinblick auf Witterung, Gelände oder mögliche Begegnungen mit Wildtieren.

Die Landesregierung soll gemeinsam mit Tourismusverbänden, Gemeinden und Bergwacht Informationsmaterial bereitstellen (z. B. Websites oder Aushänge), das:

- über erlaubte Zonen informiert,
- Verhaltensregeln klar kommuniziert („Leave no trace“-Prinzip),
- und auf Gefahren sowie Haftung hinweist.

Diese Form der Aufklärung ersetzt Bürokratie durch Bewusstsein.

5. Einbindung von Gemeinden und Grundeigentümer*innen

Gemeinden sollen selbst entscheiden können, ob sie Wildcampingzonen zulassen oder ablehnen.

Private Grundeigentümer*innen können freiwillig Flächen zur Verfügung stellen und bei Bedarf kleine Nutzungsentgelte verlangen.

So wird Eigeninitiative vor Ort gestärkt und lokale Akzeptanz geschaffen.

6. Konsequenzen bei Verstößen

Wer gegen die Regeln des liberalisierten Modells verstößt – etwa durch Vermüllung, Beschädigung der Natur oder das Campieren in Schutzgebieten – soll durch die Exekutive belangt werden.

Die Strafen sind gestaffelt nach Schwere des Verstoßes, um Verhältnismäßigkeit zu wahren.

7. Evaluierung und Weiterentwicklung

Nach einer Pilotphase von drei Jahren soll eine umfassende Evaluierung stattfinden.

Dabei sollen Gemeinden, Umweltorganisationen und Nutzer*innen einbezogen werden. Ziel ist eine Balance zwischen Freiheit, Nachhaltigkeit und Akzeptanz zu sichern – damit Tirols Natur auch langfristig erlebbar bleibt.

Unsere Forderung

Wir JUNOS-Tirol setzen auf das Vertrauen in mündige Bürger*innen statt auf Misstrauen und Verbote und fordern daher die Liberalisierung von Wildcamping in Tirol mit Verankerung im Tiroler Campinggesetz.

Ein liberaleres Wildcamping-Modell ist kein Freibrief, sondern eine Chance, zu beweisen, dass Freiheit und Naturschutz zusammengehen können.

Wir sind davon überzeugt, dass Tirol ein Vorbild sein kann für moderne, nachhaltige Outdoorpolitik werden – eine, die Verantwortung nicht sanktioniert, sondern stärkt.

1. <https://www.bergwelten.com/a/wildcampen-in-oesterreich-das-musst-du-wissen>

2. <https://www.alpenverein.at/portal/natur-umwelt/respektamberg/zelten-biwakieren.php>

ANTRAG

Gremium: LAKO Tirol

Beschlussdatum: 06.12.2025

Tagesordnungspunkt: 13.c Weitere Anträge

A3NEU: Mehr Mitbestimmung wagen - Jugendpolitik durch den Jugendlandtag weiterdenken

Antragstext

Der Landeskongress von JUNOS-Tirol möge beschließen:

Politische Bildung beginnt mit Teilhabe. Um junge Menschen nachhaltig für Demokratie und Politik zu begeistern, braucht es echte Mitbestimmungsmöglichkeiten – nicht bloß theoretische Bildung. Daher fordern wir die Einrichtung eines Tiroler Jugendlandtags, der als eigenständiges, gesetzlich verankertes Gremium jungen Menschen zwischen 14 und 24 Jahren ermöglicht, parlamentarische Prozesse zu erleben, politische Verantwortung zu übernehmen und ihre Anliegen direkt an die Tiroler Politik zu richten.

Der Jugendlandtag soll dreimal jährlich (im Herbst, Winter und Frühjahr) stattfinden und damit eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Themen ermöglichen. Nur so kann jugendpolitisches Engagement wirklich gefördert und langfristig wirksam werden. Ein einmaliges oder sporadisches Format wird dem Interesse und der Dynamik junger Menschen nicht gerecht.

Durch eine Verankerung des Jugendlandtags in der Geschäftsordnung des Tiroler Landtags wird sichergestellt, dass die dort eingebrachten Anliegen verbindlich an die Landesregierung übermittelt und in dem zuständigen Ausschuss des Landtags behandelt werden. Damit wird jugendliche Mitbestimmung nicht bloß symbolisch, sondern strukturell verankert.

Die Präsidentin bzw. der Präsident des Tiroler Landtags ist dabei verpflichtet, die Beschlüsse und Anträge des Jugendlandtags in offizieller

Form an die Tiroler Landesregierung zu übermitteln und dem zuständigen Ausschuss zuzuteilen. Durch diese gesetzlich festgeschriebene Pflicht wird garantiert, dass die Anliegen der Jugendlichen nicht im administrativen Alltag untergehen, sondern mit derselben Verbindlichkeit und Ernsthaftigkeit behandelt werden wie parlamentarische Initiativen aus dem Landtag selbst.

Der Jugendlandtag soll über eine eigene Geschäftsordnung verfügen, die sich an den Abläufen des Tiroler Landtags orientiert. Diese umfasst unter anderem eine Plenumsdebatte mit drei Lesungen, eine Fragestunde, Redezeitbeschränkungen und Antragsrecht für alle Mitglieder. Damit wird ein realistisches Verständnis parlamentarischer Prozesse vermittelt und keine Simulation, sondern tatsächliche Mitbestimmung.

Der Bewerbungsprozess erfolgt transparent über eine Kommission des Jugendausschusses des Tiroler Landtags, die die Bewerbungen anhand von Motivationsschreiben und Lebenslauf beurteilt. Durch diese klare Struktur wird sichergestellt, dass der Jugendlandtag offen, plural und leistungsorientiert besetzt ist.

Ein zentrales Element ist die Einbindung des Politikunterrichts: In allen Schultypen soll der Jugendlandtag jährlich vorgestellt werden. Schülerinnen und Schüler sollen im Unterricht die Möglichkeit erhalten, Bewerbungen vorzubereiten, zu diskutieren und einzureichen. So wird politische Bildung greifbar und handlungsorientiert.

Ergänzend dazu soll ein Format „Landtag on Tour“ eingeführt werden, bei dem Vertreter:innen des Tiroler Landtags gemeinsam mit jungen Abgeordneten durch alle Landesteile Tirols reisen, Schulen besuchen und über Demokratie, Landespolitik und den Jugendlandtag informieren. Damit wird politische Bildung dezentral, niedrigschwellig und praxisnah gestaltet.

Schließlich sollen die Abgeordneten des Jugendlandtags durch die Landtagsdirektion professionell auf ihre Tätigkeit vorbereitet werden – insbesondere in den Bereichen Antragsschreiben, Redeordnung und parlamentarisches Arbeiten. So entsteht ein Raum, der politische Kompetenz und Verantwortungsbewusstsein fördert.

Mit der Einrichtung eines Tiroler Jugendlandtags stärken wir das Demokratieverständnis, die Eigenverantwortung und die politische Mündigkeit junger Menschen.

Wir JUNOS sind überzeugt: Wer früh versteht, wie Demokratie funktioniert, wird sie später aktiv gestalten. Der Jugendlandtag ist ein Bekenntnis zu einer

liberalen, offenen und zukunftsfähigen Demokratie, die auf Beteiligung und Eigeninitiative baut und nicht auf bloße Symbolpolitik.

1. Die JUNOS Tirol sprechen sich für die gesetzliche Verankerung eines dreimal jährlich stattfindenden Tiroler Jugendlandtags (Herbst-, Winter- und Frühjahrslandtag) in der Geschäftsordnung des Tiroler Landtags aus.
2. Der Präsident des Tiroler Landtags wird verpflichtet, die Ergebnisse des Jugendlandtags an die Tiroler Landesregierung zu übermitteln. Der zuständige Ausschuss des Landtags muss sich mit den übermittelten Anträgen verpflichtend in Beratungen befassen.
3. Der Tiroler Jugendlandtag erhält eine eigene Geschäftsordnung, die sich in Form und Ablauf an jenen des Tiroler Landtags orientiert (inkl. Plenumsdebatte, 3 Lesungen, Fragestunde, Redezeitbegrenzung von 10 Minuten, Antragsrecht für alle Mitglieder).
4. Der Jugendausschuss des Tiroler Landtags legt ein transparentes Punktesystem fest, nach dem alle eingereichten Bewerbungen für den Jugendlandtag bewertet werden. Auf Basis der erzielten Punkte werden die Abgeordneten automatisch gereiht und ausgewählt.
5. Die Teilnahme ist Jugendlichen im Alter von 14 bis 24 Jahren vorbehalten. Die Amtsperiode beträgt zwei Jahre; bei Überschreiten des Alters wird die Nachbesetzung über den bestehenden Bewerbungsprozess vorgenommen.
6. Der Bewerbungsprozess erfolgt auf Basis eines Lebenslaufs und eines Motivationsschreibens.
7. Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, in allen Schultypen den Jugendlandtag bekannt zu machen und im Rahmen des Politikunterrichts jährlich eine Informations- und Bewerbungsphase durchzuführen. Dabei sollen Lehrpersonen Bewerbungen im Unterricht begleiten und zur aktiven Teilnahme motivieren.

88 8. Der Tiroler Landtag soll künftig mit einem Format „Landtag on
89 Tour“ in allen Tiroler Landesteilen und an allen Schultypen präsent
90 sein, um Jugendlichen die Gesetzgebungsprozesse näherzubringen,
91 politisches Interesse zu fördern und den Jugendlandtag aktiv zu bewerben.

92 9. Die Landtagsdirektion wird beauftragt, Einschulungen zu
93 parlamentarischen Abläufen, Antragsschreiben und Redeordnung für die
94 Abgeordneten des Jugendlandtags durchzuführen.

95 10. Nach jedem Jugendlandtag darf ein Mitglied des Jugendlandtages, die
96 erarbeiteten Ergebnisse und Forderungen in der darauffolgenden Sitzung des
97 Landtages im Rahmen einer Rede zu präsentieren.

ANTRAG

Gremium: LAKO Tirol

Beschlussdatum: 06.12.2025

Tagesordnungspunkt: 13.c Weitere Anträge

A5NEU: Die Kettensäge für Tirol – Verwaltungsapparat zersägen

Antragstext

Einleitung

Tirol leidet unter einem aufgeblähten, ineffizienten und historisch gewachsenen Verwaltungs- und Förderdschungel, der Ressourcen bindet, Transparenz verhindert und Bürger:innen belastet. Die Landesverwaltung, die Förderlandschaft und die bürokratische Struktur im Bildungsbereich zeigen exemplarisch, wie notwendig ein radikaler Schnitt ist. Mit diesem Antrag setzt sich JUNOS Tirol für eine umfassende Modernisierung, Entschlackung und Neuordnung des Verwaltungsapparats ein – für Effizienz, Transparenz, Digitalisierung und echte Verantwortlichkeit.

I. Verwaltungsapparat verschlanken – warum Tirol endlich Strukturen abbauen muss

Tirols Landesverwaltung ist über Jahrzehnte kontinuierlich angewachsen – jedoch nicht, weil Leistungen für Bürger:innen massiv ausgeweitet wurden, sondern weil Aufgaben, Zuständigkeiten und organisatorische Einheiten ständig weiterwuchsen, ohne dass alte Strukturen zurückgebaut wurden. So ist ein Verwaltungsapparat entstanden, der Jahr für Jahr größer, teurer und komplexer wird, ohne dass Transparenz und Effizienz im gleichen Ausmaß steigen.

Aktuell umfasst die Landesverwaltung 4.596,5 Vollzeitäquivalente (Stand Ende 2024, ohne Klinik und Lehrpersonal). Jede dieser Stellen kostet das Land im Schnitt 90.000 Euro pro Jahr. Ein immer weiter steigender Personalstand bedeutet daher erhebliche laufende Kosten, die sich dauerhaft im Budget festsetzen. Doch trotz dieses großen Verwaltungsapparats bleibt der Output häufig hinter den Erwartungen der Bürger:innen zurück: lange Verfahren, unklare Zuständigkeiten

und wachsende Bürokratie.

Strukturell zeigt sich die Überdimensionierung besonders deutlich: 9 Gruppen, 51 Abteilungen und 10 Sachgebietsstellen bilden ein kleinteiliges, historisch gewachsenes System. Dieser Aufbau schafft Parallelstrukturen, doppelte Arbeitsschritte und fragmentierte Zuständigkeiten – kurz: eine Organisation, die für die Herausforderungen der kommenden Jahre nicht mehr geeignet ist.

Gleichzeitig wächst das zweite System daneben weiter: die externe Beratung. Obwohl die interne Verwaltung stetig vergrößert wurde, gab das Land allein im letzten verfügbaren Jahr 8,3 Millionen Euro für externe Beraterverträge aus. Ein teures Doppelmodell aus „immer mehr intern“ und „immer mehr extern“ – ohne strategische Steuerung.

Es ist daher klar: Tirol braucht eine umfassende Verwaltungsreform. Nicht als Sparprogramm, sondern als Modernisierungsschub, der Organisation, Personal und Arbeitsweisen neu ordnet. Die Verwaltung muss spürbar effizienter, digitaler und klarer werden – statt jedes Jahr weiter anzuwachsen.

Wir fordern daher: Die Verwaltungs-Kettensäge für Tirol

1. Personalapparat modernisieren und verkleinern

Der Personalstand der Landesverwaltung liegt derzeit bei 4.596,5 VZÄ (ohne Klinik- und Lehrpersonal). Jeder Arbeitsplatz verursacht jährliche Kosten von rund 90.000 Euro – ein über Jahrzehnte gewachsener Verwaltungsapparat, der enorme Mittel bindet und historisch gewachsene Strukturen fortschreibt.

Um die Verwaltung nachhaltig zu verschlanken, dürfen keine neuen Planstellen geschaffen werden. Stattdessen sollen natürliche Abgänge durch Pensionierungen, interne Umverteilungen und Aufgabenstraffungen genutzt werden, um den Personalstand schrittweise und sozial verträglich deutlich reduzieren. Moderne Arbeitsprozesse und klare Zuständigkeiten ermöglichen eine kleinere, effizientere Verwaltung, die ihren Service für Bürger:innen nicht nur hält, sondern verbessert.

2. Aufnahmestopp in den Landesdienst

Ein strukturierter Aufnahmestopp – mit eng definierten Ausnahmen – ermöglicht Personalabbau ohne Kündigungen und stellt diesen sicher. Pensionierungen werden nicht automatisch nachbesetzt, sondern führen zu internen Umverteilungen,

Aufgabenbündelungen und effizienteren Abläufen. So schrumpft die Verwaltung kontrolliert und ohne Qualitätsverlust.

3. Zusammenlegung von Abteilungen

Die derzeitige Struktur mit 9 Gruppen, 51 Abteilungen und 10 Sachgebieten ist überdimensioniert. Historische Zuständigkeiten wurden nie aufgeräumt und verursachen heute Doppelstrukturen, lange Wege und hohe Kosten. Zusammenlegungen können – wie das Beispiel Salzburg zeigt – Millionenbeträge einsparen und die Verwaltung klarer und schneller machen.

4. Flexible Verlängerung der Dienstzeit über 65 hinaus

Eine freiwillige Verlängerung der Dienstzeit hilft Know-how zu sichern und Personalengpässe zu vermeiden. Erfahrene Mitarbeiter:innen bleiben an Bord, bis Nachbesetzungen sauber organisiert sind. Das macht Übergänge stabiler und reduziert kurzfristigen Druck im System.

5. Beraterverträge deutlich reduzieren

Mit 8,3 Millionen Euro pro Jahr ist Tirols Ausgabenvolumen für externe Beratung zu hoch. Externe Expertise darf nur dort eingesetzt werden, wo sie tatsächlich notwendig ist. Transparente Veröffentlichung aller Verträge schafft Vertrauen und verhindert Doppelstrukturen zwischen interner Verwaltung und externen Dienstleistern.

6. Einsatz von Künstlicher Intelligenz

KI kann Routinearbeiten übernehmen: Aktenanalyse, Fristenverwaltung, Textklassifikation, standardisierte Bescheide. Mit klaren Leitlinien, Datenschutz und menschlicher Letztkontrolle schafft KI mehr Zeit für qualifizierte Aufgaben und erhöht die Bearbeitungsgeschwindigkeit erheblich. Tirol kann hier Vorreiter werden und den Schritt setzen, moderne Technologien systematisch in Verwaltungsprozesse zu integrieren.

II. Die Förderkettensäge für Tirol – Förderdschungel zerschlagen, Transparenz schaffen

Tirols Fördersystem ist über Jahrzehnte zu einem unüberschaubaren Geflecht aus Programmen, Sonderbestimmungen und politisch gesetzten Ausnahmen angewachsen. Die bundesweite Förderdatenbank weist aktuell 430 Förderungen aus, die in Tirol durch das Land oder Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern vergeben werden. Gleichzeitig zeigt der Förderbericht 2023 des Budgetdienstes des Nationalrates: Meldungen in die Transparenzdatenbank des Bundes (TDB) können mit Fristen von 18 bzw. 24 Monaten erfolgen – also bis zu zwei Jahre nach Auszahlung einer Leistung. Dadurch basiert die jährliche Berichterstattung auf strukturell unvollständigen und zeitlich verzögerten Daten, die keine verlässliche Grundlage für politische Steuerung darstellen.

Besonders deutlich wird das Ausmaß in Tirol: Die Zahl der aktiven Förderleistungen ist von 168 im Jahr 2022 auf 212 im Jahr 2023 gestiegen – ein Plus von 26,2 % und der höchste Zuwachs aller Bundesländer. Dies sind keine bloßen Nachmeldungen, sondern tatsächlich bestehende, parallellaufende Programme. Tirol fördert also real immer mehr und schafft laufend neue Programme, ohne bestehende zu streichen oder zu konsolidieren.

Auch bei den Ausgaben zeigt sich die Dimension dieses unkoordinierten Systems: Tirol hat seine gemeldeten Leistungen von 2022 auf 2023 um 323 Millionen Euro erhöht – der größte Anstieg aller Bundesländer. Davon entfallen allein 215 Millionen Euro auf den Bereich „Allgemeine öffentliche Verwaltung und Äußeres“. Diese massiven Ausgabensteigerungen spiegeln kein klares Konzept wider, sondern dokumentieren die zunehmende Unübersichtlichkeit und Zielentfremdung des Systems.

Parallel dazu wurde das Tiroler Fördertransparenzgesetz 2025 novelliert: Das Land übernimmt die Kategorien des Bundes (Mitgliedsbeiträge, Spenden, direkte Förderungen, Zuwendungen, Intermediärszahlungen etc.), definiert Leistungsempfänger und leistende Stellen und verpflichtet sich grundsätzlich zur Meldung an die TDB. Doch die entscheidenden Pflichten greifen viel zu spät, denn der jährliche Förderbericht wird weiterhin einen Großteil der Förderungen nicht erfassen.

Die zentrale Botschaft lautet daher weiterhin: All diese neuen Bestimmungen ändern nichts am Kernproblem. Das Land und die Landesregierung wissen in Zukunft auch nicht,

– welche Förderungen tatsächlich aktiv sind,

– wie viele Programme parallel laufen,

- 119 – wie viel Geld effektiv verteilt wird,
- 120 – und welche Wirkung diese Förderungen entfalten.

121 Dass ein Fördersystem derart unkontrolliert wächst, zeigt ein grundlegendes
122 Problem: Das Land weiß nicht, was es fördert. Und es kann es auch nicht wissen,
123 weil die Datenbasis lückenhaft, verzögert und unvollständig bleibt. Dadurch
124 entsteht nicht nur Intransparenz, sondern die Möglichkeit, Förderungen faktisch
125 zu verschleiern: Ohne vollständige, zeitnahe Erfassung und ohne einheitliche
126 Strukturen bleibt unklar, welche Mittel wohin fließen.

127 Besonders problematisch ist, dass ein erheblicher Teil der Förderungen nicht
128 durch das Land selbst, sondern über landesnahe Gesellschaften, Beteiligungen und
129 ausgelagerte Rechtsträger abgewickelt wird. Diese Konstruktionen ermöglichen
130 eine Parallelförderlandschaft, in der Mittel bewegt werden und bis zu zwei Jahre
131 verspätet in der Transparenzdatenbank aufzuscheinen. Unter diesen Bedingungen
132 hat auch der Landeshauptmann als Finanzreferent keinen Überblick, wofür
133 Steuergeld tatsächlich eingesetzt wird.

134 Der Förderdschungel hat sich längst verselbstständigt. Statt ein steuerbares
135 politisches Instrument zu sein, ist er zum undurchsichtigen Geflecht
136 unterschiedlichster Programme geworden, die nebeneinander existieren, einander
137 überlagern, einander duplizieren und über unterschiedliche Strukturen
138 abgewickelt werden und sich jeglicher politischer Kontrolle entziehen.

139 **Warum ein radikaler Neustart notwendig ist**

140 Die über 212 aktiven Förderprogramme im Jahr 2023 zeigen, dass Tirols
141 Fördersystem nicht überarbeitet, sondern neu aufgesetzt werden muss. Die
142 Vielzahl paralleler Programme verhindert Transparenz, verzerrt Prioritäten und
143 verschlingt Verwaltungsressourcen. Ein einmaliger Reset schafft die nötige
144 Klarheit: Bestehende Förderungen werden geprüft, geordnet und auf das reduziert,
145 was tatsächlich wirkt. Nur so kann ein effizientes und nachvollziehbares System
146 entstehen, das nicht weiter anwächst.

147 **Wir fordern daher: Die Förderkettensäge für Tirol**

148 **1. Digitalisierungsoffensive starten**

149 Tirol startet eine umfassende Digitalisierungsoffensive im Förderwesen:
150 Einheitliche Standards für alle, automatisierte Prüfungen, Transparenz in

Echtzeit durch automatisierte Einmeldung aller Zahlungen und Angebote.

2. One In, One Out - keine neue Förderung ohne Abschaffung einer bestehenden

Jede neue Förderung ersetzt zwingend eine bestehende. Die Landesregierung darf keine zusätzlichen Programme schaffen, ohne mindestens eine gleichartige Förderung zu streichen. Das Motto „immer mehr, nie weniger“ darf uns nicht länger Geisel halten.

3. Sunset-Klauseln für sämtliche Förderungen

Alle Förderungen werden verpflichtend mit Sunset-Klauseln von maximal 5 Jahren versehen. Ohne ausdrückliche Verlängerung nach positiver Evaluierung durch den Landesrechnungshof laufen sie automatisch aus. Damit werden historische Förderungen ohne Wirkung, aber mit Kosten, systematisch beendet.

4. Radikale Vereinfachung des Förderwesens

Förderbedingungen, Richtlinien und Verfahren sind auf Verständlichkeit und Effizienz zu überprüfen. Doppelprüfungen, unnötige Nachweise und komplizierte Sonderregelungen werden gestrichen. An die Stelle von 430 Förderwegen treten klar strukturierte, wenige Programme mit einheitlichen, nachvollziehbaren Kriterien.

5. Alle Förderungen auf einen Blick

Tirol meldet alle eigenen und landesnahen Förderungen vollständig und in Echtzeit in die bundesweite Förderdatenbank ein und nutzt deren Datenbestand konsequent, um allen Bürger:innen einen fairen, vollständigen Überblick über sämtliche relevanten Förderangebote zu geben – einschließlich jener von Gemeinden, Kammern und dem Bund.

Diese Informationen fließen direkt in die Tiroler One-Stop-Shop-Beantragungsplattform ein, sodass alle Förderungen, die für Menschen und Betriebe in Tirol relevant sind, sichtbar, vergleichbar und direkt digital über diese Plattform beantragbar werden.

6. Förderungen gesamtheitlich denken

Förderungen müssen über alle Ebenen hinweg gedacht werden. In Tirol müssen die Förderung aller Gemeinden und aller sonstigen Rechtsträger automatisch und in Echtzeit in der Förderdatenbank erfasst werden, um die Vermeidung von Doppelförderungen und Effizienz sicherzustellen.

7. Keine Förderungen an landeseigene und landesnahe Unternehmen

Förderungen an Unternehmen im Eigentum oder unter beherrschendem Einfluss des Landes sind grundsätzlich einzustellen. Solche Zahlungen sind interne Geldverschiebungen ohne echten Lenkungseffekt und verzerren den Wettbewerb gegenüber privaten Betrieben. Landesnahe Rechtsträger sollen keine eigenen Förderprogramme mit Mitteln des Landes abwickeln, sondern über klar geregelte Leistungsaufträge und transparente Budgetierung gesteuert werden.

8. Förderungen budgetär deckeln

Ein verbindlicher Gesamtbudgetdeckel zwingt die Landespolitik, echte Prioritäten zu setzen. Einsparungen durch gestrichene oder zusammengelegte Programme können dann zur Finanzierung evidenzbasierter, wirksamer Maßnahmen verwendet werden.

9. Einmaliger radikaler Neustart

Alle bestehenden Förderungen von Land und landesnahen Rechtsträgern laufen innerhalb eines definierten Jahres einmalig aus. In diesem Zeitraum:

werden keine neuen Förderprogramme geschaffen,

prüft der Landesrechnungshof sämtliche Förderungen nach klaren Kriterien (Wirksamkeit, Effizienz, Zielerreichung, Kosten),

werden nur jene Programme erneuert, die eine nachweislich positive Evaluierung erhalten – verpflichtend mit Sunset-Klauseln, fixem Budget und digitaler Abwicklung.

Durch diesen einmaligen Reset wird der Förderdschungel radikal zurückgeschnitten. Übrig bleibt ein deutlich schlankeres, transparentes und wirkungsorientiertes Fördersystem, das Wirksamkeit in den Vordergrund stellt, statt Bürokratie und Abhängigkeiten einzuzementieren.

III. Bildung von Bürokratie befreien – eine Behörde statt neun Bildungsdirektionen

Österreich leistet sich derzeit eine bürokratische Konstruktion, die europaweit ihresgleichen sucht: Neun Bildungsdirektionen, die gleichzeitig dem Bund und dem jeweiligen Bundesland unterstehen – verfassungsrechtlich verankerte Doppelzuständigkeit, Doppelaufsicht und Doppelchaos.

Diese Struktur ist ein Paradebeispiel dafür, wie man Verwaltung nicht organisieren sollte. Sie ist teurer als nötig, schwerfälliger als zulässig und politisch anfälliger als verantwortbar. Ein System, das auf Doppelzuständigkeit von Bund und Land basiert, produziert zwangsläufig das, was wir überall sehen: Kompetenzschiebereien, Verzögerungen und Verantwortungsdiffusion. - Wenn zwei zuständig sind, fühlt sich am Ende oft niemand wirklich verantwortlich.

Das ist unser aktueller Bürokratieirrsinn – festgeschrieben auf Verfassungsebene.

Wir setzen daher auf eine einfache und mutige Reform: Nur mehr eine schlanke Bildungsbehörde im Bildungsministerium statt neun Bildungsdirektionen. Damit schaffen wir ein System, das Standards vereinheitlicht, Kosten senkt und Schulen endlich von überflüssiger Bürokratie befreit.

Eine zentrale Bildungsbehörde schafft echte Effizienz statt föderal aufgeblähter Parallelstrukturen:

- Qualitätssicherung frei von Landesinteressen

Das Ziel ist Qualitätsstandards von politischer Einflussnahme zu befreien. Eine unabhängige Qualitätssicherung muss ohne Landesdruck, ohne regionale Sonderwege und ohne „Prestigeschul“-Schonung arbeiten.

- Zentrale Genehmigung von Schulversuchen

Innovationen dürfen nicht an neun unterschiedlichen Behörden scheitern. Eine bundesweite Koordination ermöglicht schnellere Entscheidungen, bessere Vergleichbarkeit und das raschere Ausrollen erfolgreicher Modelle.

- Effiziente Ressourcenzuteilung

Lehrpersonal und Förderressourcen können österreichweit dorthin fließen, wo sie gebraucht werden - nicht dorthin, wo die Landespolitik sie haben möchte. Das schafft Flexibilität bei regionalen Angebots- und Nachfrageschwankungen und über Bundesländergrenzen hinweg.

- Kostenreduktion durch Abbau von Doppelstrukturen

Neun Direktoren, neun Verwaltungsapparate, neun IT-Systeme, neun Rechtsabteilungen - all das verursacht enorme Bürokratiekosten. Eine einzige Bundesbehörde ersetzt redundante Strukturen und schafft spürbare Einsparungen, die direkt in Schulen investiert werden können.

- Die Länder entlasten statt überfordern

Die Länder beklagen sich seit Jahren, dass sie zu viele Aufgaben übernehmen müssen und das mit ihren Budgets kaum noch stemmbar ist. Genau hier bietet sich eine echte Chance: Wir hören auf die Sorgen der Länder – und nehmen ihnen diese Aufgabe ab. Weniger Verantwortungslast für die Länder, weniger Bürokratie für alle.

Gleichzeitig gilt: Weniger Bürokratie auf Landesebene muss mehr Autonomie für die Schulen selbst bedeuten.

Wenn Verwaltung zentralisiert wird, darf die Schule nicht weiter entmündigt werden - im Gegenteil. Wir wollen Verantwortung näher zur pädagogischen Ebene holen:

- Schutzkonzepte zu Gewalt, Mobbing und Krisen sollen direkt an den Schulen entwickelt und verantwortet werden.
 - Pädagogische Innovationen, Fortbildungsplanung und schulinterne Entwicklungsprozesse sollen eigenverantwortlich gestaltet werden können.
 - Schulen sollen in Personalfragen mehr Profilbildungskompetenz erhalten.

Eine zentrale Behörde gibt Standards vor, aber die Schulen gestalten – das ist moderner, liberaler Bildungsföderalismus.

Wir JUNOS Tirol fordern daher:

1. Die Abschaffung der neun Bildungsdirektionen und die Schaffung einer einzigen, effizienten Bildungsbehörde im Bundesministerium für Bildung.

2. Eine österreichweit einheitliche Qualitätssicherung, Schulversuchskoordination und Ressourcenzuteilung unter klaren, transparenten Kriterien.

3. Den Abbau von redundanten föderalen Verwaltungsstrukturen zur Senkung der Systemkosten und Stärkung der direkten Investitionen in die Schulen.

4. Den Ausbau der Schulautonomie in Bereichen der pädagogischen Entwicklung, Prävention, Fortbildung und inneren Organisation.

So schaffen wir ein Bildungssystem, das nicht in neun Behörden stecken bleibt, sondern endlich dort ankommt, wo es hingehört: bei den Schüler:innen, den Lehrpersonen und den Schulen selbst.

IV. Digital Only statt Digital First – eine Verwaltung ohne Papierwege

Österreich und Tirol sprechen seit Jahren von „Digital First“, doch in der Realität existieren parallel digitale und analoge Verfahren, doppelte Prozesse, Medienbrüche und unterschiedliche Bearbeitungswege. Solange Anträge, Meldungen, Bescheide, Formulare und Genehmigungen auch analog eingereicht oder abgewickelt werden können, bleibt die Verwaltung teuer, langsam, fehleranfällig und personalintensiv. Ein echter Modernisierungsschub entsteht erst dann, wenn digitale Prozesse nicht die Alternative, sondern der Standard sind.

Ein konsequentes „Digital Only“-System bedeutet: Sämtliche Anträge, Förderansuchen, Verwaltungsleistungen, Genehmigungen, Meldepflichten, Registrierungen sowie Kommunikations- und Nachweisprozesse erfolgen ausschließlich über zentrale digitale Plattformen – ohne Papierformulare, ohne handschriftliche Signaturen, ohne Amtswege. Das schafft klare Verfahrensabläufe, reduziert Bearbeitungszeiten, verhindert Aktenverluste, ermöglicht Echtzeit-Tracking, automatisierte Prüfroutinen und standardisierte Datenstrukturen. Gleichzeitig steigert es Transparenz, Rückverfolgbarkeit und Gleichbehandlung, da individuelle Ermessensspielräume durch nachvollziehbare, digitale Prozesslogik ersetzt werden.

Für Bürger:innen und Betriebe bedeutet „Digital Only“: weniger Aufwand, weniger Wege, weniger Frust. Für die Verwaltung bedeutet es: geringere Kosten, weniger

301 Ressourcenbindung, bessere Datenqualität. Für die Politik bedeutet es:
302 faktenbasierte Steuerung statt Intransparenz und Bauchgefühl. Tirol kann hier
303 Vorreiter werden – mit einem mutigen Schritt, der den digitalen Staat nicht
304 länger ankündigt, sondern realisiert.

305 Wir JUNOS Tirol wollen ein kraftvolles Zeichen gegen aufgeblähte Strukturen,
306 politischen Wildwuchs, Intransparenz und bürokratische Selbstzwecksysteme. Die
307 Zukunft Tirols braucht eine Verwaltung, die dient – nicht hemmt;
308 Förderstrukturen, die wirken – nicht verstecken; und ein Bildungssystem, das
309 Freiheit stärkt – nicht lähmt.

310 **Viva la libertad.**